

Wirtschaftsrecht  
und Wirtschaftspolitik

300

Maya Sofie Masuhr

# Europarechtliche Grenzen der Tätigkeit von Normungsorganisationen

Eine Untersuchung am Maßstab des  
EU-Wettbewerbsrechts und der Grundfreiheiten



**Nomos**

Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik

herausgegeben von

Prof. Dr. Florian Bien

Prof. Dr. Ulrich Schwalbe

Prof. Dr. Heike Schweitzer

begründet von

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ernst-Joachim Mestmäcker

Band 300

Maya Sofie Masuhr

# Europarechtliche Grenzen der Tätigkeit von Normungsorganisationen

Eine Untersuchung am Maßstab des  
EU-Wettbewerbsrechts und der Grundfreiheiten



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.  
Zugl.: Frankfurt (Oder), Europa-Univ. Viadrina, Diss., 2019  
ISBN 978-3-8487-5832-6 (Print)  
ISBN 978-3-8452-9966-2 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) als Dissertation angenommen. Zwischenzeitliche Entwicklungen wurden bis April 2019 berücksichtigt.

Besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Prof. Dr. Carsten Nowak für die Annahme dieser Arbeit, für seine gründlichen Korrekturen sowie den Freiraum, den er mir zur Arbeit an der Promotion gab. Prof. Dr. Christoph Brömmelmeyer danke ich ganz besonders für seine Denkanstöße während des gemeinsamen Doktorandenkolloquiums sowie seine Anregungen in seinem so zügig erstellten Zweitgutachten.

Dem Viadrina Center for Graduate Studies verdanke ich ein Abschlussstipendium, welches es mir ermöglichte, sechs Monate besonders konzentriert zu arbeiten. Den Herausgebern der Schriftenreihe „Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik“, Prof. Dr. Florian Bien, Prof. Dr. Heike Schweitzer und Prof. Dr. Ulrich Schwalbe, danke ich sehr für die Aufnahme in diese Reihe.

In vielen Diskussionsrunden habe ich von Sandra Grunst, Christiane Herzog, Sarah Jensch, Vivien Pawloff, Dr. Doron Robin und Clemens Wirbel Kritik, Anregungen und Unterstützung erhalten. Ich kann ihnen nicht genug hierfür danken. Dr. Mirko Sauer, Dr. Doron Rubin, Kathrin Dingemann, Christiane Herzog, Sandra Grunst und Sarah Jensch danke ich ganz herzlich dafür, dass sie meine Arbeit so aufmerksam Korrektur gelesen haben. Ihre Kritik, Fragen und Anregungen waren mir eine große Hilfe.

Ich kann kaum in Worte fassen, was ich Dr. Hans Heller verdanke. Er hat mich dazu angeregt, mich mit diesem Thema zu beschäftigen. Er hat mich zu präziser und klarer Sprache ermuntert und mir viele Denkanstöße gegeben. Vor allem danke ich ihm dafür, dass er meine Launen und Zweifel mit Nachsicht ertrug und mir Mut machte, die Arbeit fertigzustellen.

Der allergrößte Dank schließlich gebührt meiner Mutter, Sofie Masuhr, und Dr. Helmut Lautner, der sich über meine Dissertation sehr gefreut hätte. Sie haben mich immer einschränkungslos unterstützt. Ganz besonders danke ich meiner Mutter für die viele Zeit, die sie mit ihrer Enkeltochter verbracht hat, damit ich die Arbeit in den letzten Monaten fertigstellen konnte.



## Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	19
Verzeichnis abgekürzter Sekundärrechtsakte	25
1. Kapitel: Einleitung	29
A. Problemstellung	29
B. Gang der Untersuchung	32
2. Kapitel: Grundlagen	35
A. Begrifflichkeiten	35
B. Entwicklung der Standardisierung	40
I. Gründung der Schiffsklassifikationsgesellschaften im 18. und 19. Jahrhundert	41
II. Gründung der technisch-wissenschaftlichen Vereinigungen im 19. Jahrhundert	41
III. Gründung der nationalen Normungsorganisationen im 20. Jahrhundert	42
IV. Entwicklung europäischer Normungsorganisationen	43
V. Sonstige Standardisierungskooperationen – insbesondere Foren und Konsortien	44
C. Funktionen von Standards und ihre Klassifizierung	45
D. Funktionsweise und Strukturen der Normungsorganisationen	47
I. Normungsorganisationen auf nationaler Ebene	47
II. Europäische Normungsorganisationen	69
3. Kapitel: Wirkungen	80
A. Rechtliche Wirkungen	80
I. Einbindung in die Unionsgesetzgebung	80
II. Einbindung durch die nationale Gesetzgebung und Rechtsanwendung	97
III. Ergebnis zu A.	121
B. Ökonomische Wirkungen	121

*Inhaltsübersicht*

I. Positive Wirkungen	122
II. Negative Wirkungen	127
C. Ergebnis zum 3. Kapitel	130
4. Kapitel: Grenzen	133
A. Wettbewerbsrechtliche Grenzen	133
I. Grenzen des Kartellverbots	133
II. Grenzen des Missbrauchsverbots	229
III. Mittelbare Grenzen aus den wettbewerbsrechtlichen Pflichten der Mitgliedstaaten und der Union	257
IV. Ergebnis zu A.	287
B. Grundfreiheitliche Grenzen	288
I. Normungsorganisationen als Adressaten der Grundfreiheiten	288
II. Beschränkungen des Marktzugangs durch Standards	315
III. Rechtfertigungsmöglichkeiten	318
IV. Ergebnis zu B.	324
C. Ergebnis zum 4. Kapitel	325
5. Kapitel: Folgen	326
A. Nichtigkeit und Unanwendbarkeit	326
I. Wettbewerbsrechtliche Grenzen	326
II. Grundfreiheitliche Grenzen	327
B. Zivilrechtliche Folgeansprüche	330
I. Wettbewerbsrechtliche Grenzen	330
II. Grundfreiheitliche Grenzen	337
6. Kapitel: Ergebnisse	341
A. Kernthesen	341
B. Wesentliche Ergebnisse	341
I. Grundlagen	341
II. Wirkungen	342
III. Grenzen	344
IV. Folgen	349
Literaturverzeichnis	351
Anhang: Dokumente der Normungsorganisationen	369



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Verzeichnis abgekürzter Sekundärrechtsakte	25
1. Kapitel: Einleitung	29
A. Problemstellung	29
B. Gang der Untersuchung	32
2. Kapitel: Grundlagen	35
A. Begrifflichkeiten	35
B. Entwicklung der Standardisierung	40
I. Gründung der Schiffsklassifikationsgesellschaften im 18. und 19. Jahrhundert	41
II. Gründung der technisch-wissenschaftlichen Vereinigungen im 19. Jahrhundert	41
III. Gründung der nationalen Normungsorganisationen im 20. Jahrhundert	42
IV. Entwicklung europäischer Normungsorganisationen	43
V. Sonstige Standardisierungskooperationen – insbesondere Foren und Konsortien	44
C. Funktionen von Standards und ihre Klassifizierung	45
D. Funktionsweise und Strukturen der Normungsorganisationen	47
I. Normungsorganisationen auf nationaler Ebene	47
1. Deutsches Institut für Normung – DIN	48
a) Rechtlicher Rahmen und Anerkennung als nationale Normungsorganisation	49
b) Akteure	50
c) Beteiligung der Öffentlichkeit	51
d) Finanzierung	51
2. British Standards Institution – BSI	52
a) Rechtlicher Rahmen und Anerkennung als nationale Normungsorganisation	52
b) Akteure	53

*Inhaltsverzeichnis*

c) Beteiligung der Öffentlichkeit	54
d) Finanzierung	55
3. Association Française de Normalisation – AFNOR	55
a) Rechtlicher Rahmen und Anerkennung als nationale Normungsorganisation	56
b) Staatliche Akteure in der Verwaltung	56
c) Akteure der Normungsarbeit	57
d) Beteiligung der Öffentlichkeit	58
e) Finanzierung	58
4. Polski Komitet Normalizacyjny – PKN	59
5. Überblick über alle nationalen Standardisierungsorganisationen in der EU	60
6. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches – DVGW	67
7. Zusammenfassung	68
II. Europäische Normungsorganisationen	69
1. Rechtsform und rechtlicher Rahmen	69
2. Akteure	71
a) Prinzip der nationalen Repräsentation in CEN und CENELEC	71
b) Prinzip der funktionalen Repräsentation bei ETSI	73
3. Normungsarbeit in den technischen Gremien	74
a) CEN und CENELEC	75
b) ETSI	75
4. Finanzierung	76
5. Verhältnis nationaler und europäischer Normen	77
6. Zusammenfassung	79
3. Kapitel: Wirkungen	80
A. Rechtliche Wirkungen	80
I. Einbindung in die Unionsgesetzgebung	80
1. New-Approach-Rechtsakte	81
a) Grund und Zweck des New Approach	81
b) Grundprinzipien	82
c) Konformitätsvermutung	83
d) Wirkung der Konformitätsvermutung	85
e) Mandate zur Ausarbeitung harmonisierter Normen	87
f) Vorteile der Anwendung harmonisierter Normen am Beispiel ausgewählter New-Approach-Rechtsakte	89
aa) Niederspannungsrichtlinie	89
bb) Spielzeugrichtlinie	90

cc) Bauprodukteverordnung	92
2. Öffentliche Auftragsvergabe	94
3. Ergebnis zu I.	96
II. Einbindung durch die nationale Gesetzgebung und Rechtsanwendung	97
1. Deutsches Umwelt- und Technikrecht	97
a) Inkorporation und normergänzende Verweisung	98
b) Normkonkretisierende Verweisungen (Vermutungsregeln)	100
c) Generalklauselmethode	103
d) Verweisungen in Verwaltungsvorschriften	107
aa) Norminterpretierende Verwaltungsvorschriften	108
bb) Normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften	109
e) Zusammenfassung	111
2. Deutsches Zivilrecht	111
a) Konkretisierung der Verkehrssicherungspflicht	112
b) Keine Vermutung oder Anscheinsbeweis bei Verletzung einer Norm	114
c) Anerkannte Regeln der Technik im privaten Baurecht	118
d) Zusammenfassung	120
III. Ergebnis zu A.	121
B. Ökonomische Wirkungen	121
I. Positive Wirkungen	122
1. Rationalisierung	122
2. Transaktionskosten	122
3. Netzwerkeffekte	123
4. Wettbewerbsförderung	125
5. Innovationsförderung	126
II. Negative Wirkungen	127
1. Innovationshindernis und „Lock-in“-Effekte	127
2. Wettbewerbsschädliche Wirkungen	129
C. Ergebnis zum 3. Kapitel	130

*Inhaltsverzeichnis*

4. Kapitel: Grenzen	133
A. Wettbewerbsrechtliche Grenzen	133
I. Grenzen des Kartellverbots	133
1. Unternehmensbegriff und Unternehmensvereinigung	134
a) „Interessierte Kreise“ als Unternehmen	134
aa) Begriff der wirtschaftlichen Tätigkeit in der EuGH-Rechtsprechung	135
bb) Genereller Ausschluss von (Selbst-)Regulierung?	137
cc) Wirtschaftliche Tätigkeit der interessierten Kreise	140
(1) Nationale Normungsorganisationen	140
(2) Europäische Normungsorganisationen	142
b) Normungsorganisationen und -ausschüsse als Unternehmensvereinigung	145
aa) Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen als Mitglieder	146
(1) Nationale Normungsorganisationen und ihre technischen Gremien	147
(2) Europäische Normungsorganisationen	148
bb) Institutionalisierte Verhaltensabstimmung	148
cc) Keine delegierte staatliche Regelungsbefugnis	150
(1) Nationale Normungsorganisationen	154
(2) Europäische Normungsorganisationen	156
c) Zusammenfassung	158
2. „Einwand staatlichen Handelns“	158
3. Standardisierung als Koordinierung des Wettbewerbsverhaltens	160
a) Vereinbarung	161
b) Abgestimmte Verhaltensweise	164
c) Beschluss einer Unternehmensvereinigung	166
aa) Beschluss der Normungsorganisation	168
bb) Beschluss des technischen Gremiums	169
d) Zusammenfassung	170
4. Aspekte zur Bestimmung des relevanten Marktes	170
5. Wettbewerbsbeschränkungen durch Normen	171
a) Rechtlicher Maßstab	172
aa) Bezweckte oder bewirkte Wettbewerbsbeschränkungen	172
(1) Keine bezweckten Wettbewerbsbeschränkungen	172

(2) Normen als mögliche bewirkte Wettbewerbsbeschränkungen	174
bb) Tatbestandsreduktion bei Verfolgung legitimer Zwecke	176
b) Praxis der Europäischen Kommission	179
aa) Beschlusspraxis bis zu den Horizontalleitlinien	179
(1) „Video-Cassetterecorders“	179
(2) „X/Open Group“	180
(3) „Konsortium ECR 900“	182
(4) „SOPELEM/Vickers“, „VW/MAN“ und „Continental/Michelin“	182
(5) „Belasco“ und „Fernwärmetechnik-Kartell“	183
(6) Grundsätze der Entscheidungen	185
bb) Horizontalleitlinien und ihre Anwendung	186
(1) Horizontalleitlinien 2001	186
(2) Anwendung der Horizontalleitlinien 2001	187
(aa) „EMC“: Anwendung der Leitlinien auf eine harmonisierte Norm	187
(bb) „Schiffsklassifikation“	189
(3) Horizontalleitlinien 2011	190
cc) Stellungnahme	191
c) Wettbewerbsbeschränkende Wirkungen von Normen	195
aa) Potenzielle Bindungswirkung als Grundvoraussetzung	196
bb) Wettbewerbsbeschränkungen durch das Normungsverfahren	198
(1) Anforderungen an das Normungsverfahren	198
(2) Verfahren der nationalen und europäischen Normungsorganisationen	200
cc) Wettbewerbsbeschränkungen durch den Inhalt des Standards	202
(1) Mögliche Wettbewerbsbeschränkungen	202
(2) Immanente Vorteile bzw. Gemeinwohlziele	205
dd) Wettbewerbsbeschränkungen durch die Verfügbarkeit der Norm	207
(1) Diskriminierungsfreier und angemessener Zugang	207
(2) Zugang zu standardessentiellen Schutzrechten	208
d) Zusammenfassung	210
6. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung	210

*Inhaltsverzeichnis*

7. Spürbare Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	211
8. Rechtfertigung	213
a) Freistellung	214
aa) Verbesserung der Warenerzeugung oder Förderung des Fortschritts	214
bb) Angemessene Beteiligung der Verbraucher am Gewinn	217
cc) Unerlässlichkeit der Beschränkungen zur Zielerreichung	218
dd) Keine Ausschaltung des Wettbewerbs	219
ee) Zusammenfassung	221
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	222
aa) Normung als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	222
bb) Betrauung mit einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung	223
cc) Einschränkungen des Rechtfertigungsgrunds	225
dd) Zusammenfassung	226
9. Ergebnis zu I.	227
II. Grenzen des Missbrauchsverbots	229
1. Nationale und europäische Normungsorganisationen als Unternehmen	230
a) Vermarktung der Standards	231
b) Normung als Dienstleistung am Markt	233
c) Zusammenfassung	237
2. Marktbeherrschung der Normungsorganisationen	237
a) Relevanter Markt	237
aa) Sachlich relevanter Markt	237
bb) Räumlich relevanter Markt	239
(1) Normerstellung	239
(2) Vermarktung der Standards	240
cc) Zusammenfassung	241
b) Marktbeherrschung	241
aa) Monopolstellung der europäischen Normungsorganisationen	242
bb) Monopolstellung der nationalen Normungsorganisationen	243
c) Auf einem wesentlichen Teil des Binnenmarktes	243

3. Missbräuchliches Verhalten	244
a) Preismissbrauch	245
b) Keine Erzwingung unangemessener Geschäftsbedingungen	248
c) Keine missbräuchliche Einschränkung der technischen Entwicklung	249
d) Anspruch auf Zugang zur Normerstellung aus dem Missbrauchsverbot?	251
aa) Kontrahierungszwang aus dem Missbrauchsverbot	251
bb) Kein Kontrahierungszwang für Normungsorganisationen	253
4. Zwischenstaatlichkeitsklausel	255
5. Zusammenfassung	257
III. Mittelbare Grenzen aus den wettbewerbsrechtlichen Pflichten der Mitgliedstaaten und der Union	257
1. Grenzen in Bezug auf öffentliche und privilegierte Unternehmen	258
a) Öffentliche oder privilegierte Unternehmen	258
b) Dem Vertrag widersprechende Maßnahmen	262
aa) Kein mittelbarer Preismissbrauch durch die Mitgliedstaaten	262
bb) Schaffung der Gefahr wettbewerbsbeschränkender Standards	262
(1) Rechtlicher Maßstab	263
(2) Zuweisung der Normungstätigkeit	265
(3) Verweisung auf Standards	265
c) Rechtfertigung	267
d) Zusammenfassung	268
2. Grenzen aus der Effet-Utile-Rechtsprechung	268
a) Effet-Utile-Rechtsprechung des EuGH	269
aa) Vorschreiben, Erleichtern und Verstärken von Kartellabsprachen	269
bb) Verbotene Delegation der Zuständigkeit an Private	271
b) Geltung der Effet-Utile-Rechtsprechung für Unionsorgane	273
c) Anwendung der Grundsätze auf die nationale und europäische Normung	275
aa) Normungsgesetze bzw. Normungsverträge	276
bb) Normungsaufträge der Europäischen Kommission	277

*Inhaltsverzeichnis*

cc) Verweisungen und Konformitätsvermutung	277
(1) Inkorporation	278
(2) Unmittelbare bzw. normergänzende Verweisung	279
(3) Normkonkretisierende gesetzliche Verweisungen	279
(4) Generalklauselmethode und Verwaltungsvorschriften	281
(5) Bezugnahmen im Zivilrecht	282
(6) Konformitätsvermutung der New-Approach-Rechtsakte	282
d) Zusammenfassung	283
3. Mittelbare Grenzen für Normungsorganisationen	285
4. Exkurs: Kein übergreifendes Prinzip für die Strukturen der Normungsorganisationen	285
IV. Ergebnis zu A.	287
B. Grundfreiheitliche Grenzen	288
I. Normungsorganisationen als Adressaten der Grundfreiheiten	288
1. Staatliche Einrichtungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts	288
2. Private Normungsorganisationen	289
a) Keine Zurechnung zum Staat	289
b) Bindung nach den Grundsätzen der Privatwirkung der Grundfreiheiten	291
aa) EuGH-Rechtsprechung zur Privatwirkung der Grundfreiheiten	291
(1) Personenverkehrsfreiheiten und Dienstleistungsfreiheit	291
(2) Frühe Rechtsprechung zur Warenverkehrsfreiheit	294
(3) Rechtssache Fra.bo	295
(aa) Schlussanträge und Urteil	295
(bb) Deutung der Rechtssache	296
bb) Einwände der Literatur gegen eine Privatwirkung	299
(1) Vorrang der Wettbewerbsvorschriften	299
(2) Vorrang der Schutzpflichtenkonstruktion	304
(3) Zuschnitt der Rechtfertigungsgründe	305
(4) Unterschiede zwischen Warenverkehrsfreiheit und Personenverkehrsfreiheiten	306



cc) Stellungnahme: Adressatenneutralität der Grundfreiheiten	308
(1) Offener Wortlaut	309
(2) Beseitigung von Marktzugangshindernissen als Zweck	309
(3) Einheitlichkeit und Autonomie des Unionsrechts	313
dd) Folgen für private Normungsorganisationen	314
c) Zusammenfassung	314
II. Beschränkungen des Marktzugangs durch Standards	315
III. Rechtfertigungsmöglichkeiten	318
IV. Ergebnis zu B.	324
C. Ergebnis zum 4. Kapitel	325
5. Kapitel: Folgen	326
A. Nichtigkeit und Unanwendbarkeit	326
I. Wettbewerbsrechtliche Grenzen	326
II. Grundfreiheiten	327
B. Zivilrechtliche Folgeansprüche	330
I. Wettbewerbsrechtliche Grenzen	330
1. Unterlassung und Beseitigung	331
2. Schadensersatz	333
3. Exkurs: Ansprüche gegen eine Zertifizierungsreinrichtung	335
II. Grundfreiheiten	337
6. Kapitel: Ergebnisse	341
A. Kernthesen	341
B. Wesentliche Ergebnisse	341
I. Grundlagen	341
II. Wirkungen	342
III. Grenzen	344
1. Kartellverbot	344
2. Missbrauchsverbot	347
3. Mittelbare Grenzen	347
4. Grundfreiheiten	348
IV. Folgen	349
Literaturverzeichnis	351
Anhang: Dokumente der Normungsorganisationen	369



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABl.EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFNOR	Association Française de Normalisation
Alt.	Alternative
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Art.	Artikel
AtG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)
Aufl.	Auflage
AVBWasserV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser
BauPG	Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Umsetzung und Durchführung anderer Rechtsakte der Europäischen Union in Bezug auf Bauprodukte
BauR	Baurecht (Zeitschrift)
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
Begr.	Begründer
Belasco	Société coopérative des asphalteurs belges
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)

*Abkürzungsverzeichnis*

BImSchV	Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
BSI	British Standards Institution
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CDE	Cahiers de droit européen (Zeitschrift)
Cembureau	European Cement Association
CEN	Comité Européen de Normalisation
CENELEC	Comité Européen de Normalisation Électrotechnique
CML Rev.	Common Market Law Review
d.h.	das heißt
ders.	derselbe
DG	Directorate-General (Generaldirektion)
DIBt	Deutsches Institut für Bautechnik
dies.	dieselbe(n)
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V.
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
E.C.L.R.	European Competition Law Review
e.V.	eingetragener Verein
ebd.	ebenda
EC	European Community
Ed.	Edition
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EL	Ergänzungslieferung
ELRev.	European Law Review
EN	europäische Norm
endg.	endgültig

EnEV	Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparverordnung)
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
ETSI	European Telecommunications Standards Institute
EU	Europäische Union
EuG	Gericht (der Europäischen Union) gem. Art. 19 EUV
EuGH	Gerichtshof (der Europäischen Union) gem. Art. 19 EUV
EuHP	European District Heating Pipe Manufacturers Association
EUI	European University Institute
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWerK	Zeitschrift des Instituts für Energie- und Wettbewerbsrecht in der Kommunalen Wirtschaft e.V.
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
f.	folgende/r (Seite/§/Absatz/Art.)
ff.	(fort)folgende
FIREU	Frankfurter Institut für das Recht der Europäischen Union
Fn.	Fußnote
Fordham Int'l L.J.	Fordham International Law Journal
GA/GA'in	Generalanwalt/Generalanwältin
gem.	gemäß
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
ggf.	gegebenenfalls
GJ	Global Jurist (Zeitschrift)
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht. Internationaler Teil (Zeitschrift)

*Abkürzungsverzeichnis*

GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben (von)
i.d.R.	in der Regel
i.S.d.	im Sinne des/der
i.V.m.	in Verbindung mit
IACS	International Association of Classification Societies
JCMS	Journal of Common Market Studies
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KOM	Europäische Kommission
LIEI	Legal Issues of Economic Integration
lit.	Littera (Buchstabe)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MessEV	Verordnung über das Inverkehrbringen und die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt sowie über ihre Verwendung und Eichung (Mess- und Eichverordnung)
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MüKo	Münchener Kommentar
N&R	Netzwirtschaften und Recht (Zeitschrift)
NEN	normalisatie en normen (niederländische Normungsorganisation)
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift

No.	Number
NORMAPME	European Office of Crafts, Trades and Small and Medium-sized Enterprises for Standardisation
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
P.P.L.R.	Public Procurement Law Review
PKN	Polski Komitet Normalizacyjny (polnische Normungsorganisation)
ProdSG	Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (Produktsicherheitsgesetz)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RTD Eur.	Revue trimestrielle de droit européen (Zeitschrift)
S.	Satz/Seite
s.	siehe
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
sog.	sogenannte/r/s
TILEC	Tilburg Law and Economics Center
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
Urt.	Urteil

*Abkürzungsverzeichnis*

v.	von/vom
VDI	Verein Deutscher Ingenieure e.V.
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
VergabeR	Vergaberecht (Zeitschrift)
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht



## Verzeichnis abgekürzter Sekundärrechtsakte

Die Namen der in dieser Arbeit zitierten Sekundärrechtsakte der Europäischen Union werden wie folgt abgekürzt, um die Lesbarkeit der Fußnoten zu erleichtern.

Allgemeine Produktsicherheitsrichtlinie	Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 über die allgemeine Produktsicherheit, ABl.EG 2002, L 11/4 ff.
ATEX-Richtlinie	Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (Neufassung), ABl.EU 2014, L 96/309 ff.
Aufzugsrichtlinie	Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge, ABl.EU 2014, L 96/251 ff.
Bauprodukterichtlinie	Richtlinie 89/106/EWG des Rates vom 21.12.1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte, ABl.EG 1989, L 40/12 ff.
Bauprodukteverordnung	Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9.3.2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Aufhebung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates, ABl.EU 2011, L 88/5 ff.
Informationsverfahrensrichtlinie	Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.6.1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften, ABl.EG 1998, L 204/37 ff.
Kartellschadensersatzrichtlinie	Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.11.2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union, ABl.EU 2014, L 349/1 ff.

*Verzeichnis abgekürzter Sekundärrechtsakte*

Kartellverfahrensverordnung	Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16.12.2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln, ABl.EU 2003, L 1/1 ff.
Komitologieverordnung	Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.2.2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, ABl.EU 2011, L 55/13 ff.
Maschinenrichtlinie	Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.5.2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG, ABl.EU 2006, L 157/24 ff.
Medizinprodukterichtlinie	Richtlinie 93/42/EWG des Rates vom 14.6.1993 über Medizinprodukte, ABl.EG 1993, L 169/1 ff.
Messgeräterichtlinie	Richtlinie 2014/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt (Neufassung), ABl.EU 2014, L 96/149 ff.
Modulbeschluss des Rates	Beschluss Nr. 768/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9.7.2008 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung des Beschlusses 93/465/EWG des Rates, ABl.EU 2008, L 218/82 ff.
Niederspannungsrichtlinie	Richtlinie 2014/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung elektrischer Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen auf dem Markt, ABl.EU 2014, L 96/357 ff.
Ökodesign-Richtlinie	Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.10.2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte, ABl.EU 2009, L 285/10 ff.
Richtlinie über Explosivstoffe für zivile Zwecke	Richtlinie 2014/28/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung auf dem Markt und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (Neufassung), ABl.EU 2014, L 96/1 ff.

*Verzeichnis abgekürzter Sekundärrechtsakte*

Richtlinie über Gasverbrauchseinrichtungen	Richtlinie 2009/142/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über Gasverbrauchseinrichtungen, ABl.EU 2009, L 330/10 ff.
Sektorenrichtlinie	Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG, ABl.EU 2014, L 94/243 ff.
Spielzeugrichtlinie	Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18.6.2009 über die Sicherheit von Spielzeug, ABl.EU 2009, L 170/1 ff.
Transparenzrichtlinie	Richtlinie 2006/111/EG der Kommission vom 16.11.2006 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen, ABl.EU 2006, L 318/17 ff.
Vergaberichtlinie	Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG, ABl.EU 2014, L 94/65 ff.
Verordnung über die Akkreditierung und Marktüberwachung	Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9.7.2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates, ABl.EU 2008, L 218/30 ff.
Verordnung zur europäischen Normung	Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.10.2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl.EU 2012, L 316/12 ff.

